

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.



Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus.

Herr v. Bethmann Hollweg „vinculiert“ sich nicht.

Herr v. Bethmann hat einen rollenwidrigen Seitenpartie gemacht. Er hat heute zur zweiten Beratung der Wahlreform das Wort ergriffen. Aber er sprach nur kurz, und sehr gehaltlos war seine Rede auch nicht. Der Bericht verzeichnet am Schluß: „Bravo rechts und im Zentrum.“ Das wirkt beruhigend und reißt die Sache wieder ein. Das Spiel kann weitergehen.

Der Präsident des Staatsministeriums hat sich in die neue Lage der Dinge offenbar noch nicht gefunden. Es ist ihm noch nicht klar geworden, daß die innere Entwicklung Preussens-Deutschlands über Nacht wieder einen Schritt vorwärts überläßt, die es im Reich für ihn bringen und die heute am Schluß seiner Rede „Bravo“ riefen. Denn was Herr v. Bethmann bis heute noch nicht begriffen hat, was gerade das Ereignis des gestrigen Tages: die Demonstration des schwarz-blauen Parteiregiments auch in Preußen. In den Tagen der jetzt entfalteten Propaganda hat die Presse der Reichsregierung die Finger krümmen und lächeln gelassen. Sie haben sich dort, aber die ministerielle Rede des Reichskanzlers, die demnach die Seele getrieben, so greift die neue Gestaltung der inneren Politik auch auf Preußen über. Das gleiche Parteiregiment, das im Reich die Geschäfte führt, befragt sie auch in Preußen. Das ist etwas sehr gegangen, und Herr v. Bethmann ist nicht einmal der einzige, dem die Entwicklung über den Hals kommt. Sogar Herr v. Heydebrand und der Rest der Sozialdemokratie halten, weil er auf der Schulbank mehr gearbeitet hat, als in seinen Kreisen zum guten Ton gehört — ist sie zu offenbar geworden. Daher der ganz unfaßliche, unfaßliche Satz, als Herr v. Bethmann die unter Umständen mehr wert ist als die schönste staatsmännische Rede — die Rede des Reichskanzlers, hat bereits seinen Halt verloren und schwankt hilflos zwischen Ja und Nein, zwischen Modestiegen und Rannschritzen hin und her. Für Herrn v. Bethmann ist es noch nichts verdorben, aber er muß sich vorsetzen! Er muß sich nicht einbringen in die Geschichte, die ohne ihn belagert werden! Er muß die Zeichen der Zeit richtig verstehen. Bravo rechts und im Zentrum, das heißt: „Wir sind ja so weit ganz zufrieden mit dir, aber nun tritt wieder bei uns für uns nicht.“

Herr v. Bethmann begann seine Erklärung mit ein paar Anstößen gegen die „Herren von der fortschrittlichen Volkspartei“ und die „Herren von der Sozialdemokratie“. Das ist zum mindesten ungeschicklich. Die Gabel der regierenden Fraktion, die die Durchführung immer wieder gegen Herrn v. Bethmann als Geschäftsführer — im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der deshalb entlassen werden mußte — nicht daran denkt, um der Konkretheit anzuhängen. Die Feststellung, die Kommission habe die Wahlreform „auf eine neue Basis“ gestellt, wird man seinen ausgesetzten und gefühllosen Bau einfach auf den Kopf gestellt; wenn er das als eine neue Basis betrachtet, dann um Heydebrand und Herold wird's recht sein. Herr v. Bethmann sagt weiter: „Die Regierung vintuliert sich nicht.“ Er übergeht die altüberlieferte bürokratische Wendung davon auch noch in gemeinverständlichem Deutsch und sagt: Die Regierung behält sich die Entscheidung in den einzelnen Bestimmungen vor. Dann endlich spricht er das Wort, worauf es der Mehrheit einzig und allein ankommt. Er macht eine Verbeugung vor dem „Grunde der Situation“ und versichert, ihm durch passives Verhalten Rechnung tragen zu wollen. So glaube die Regierung die Geschäfte des Landes am besten besorgen zu können.

Die schwarz-blau Mehrheit ist beruhigt und belohnt den gestrigen Ministerpräsidenten mit einem Bravo. Sie weiß nun: er wird sie machen lassen und dankend akzeptieren, was die Mehrheit ihm zur Unterstützung vorzulegen für gut befindet. Wie bei der Finanzreform im Reich. Auch vom Standpunkte des Liberalismus ist es durchaus erwünscht, daß dies Verhältnis der Abhängigkeit, in dem die Regierung des Reichs den Parteien zu den Parteien der Reichsregierung steht, nicht geändert werden soll, sondern auch in Preußen klar und unerschütterlich zum Ausdruck kommen. Jede Durchbrechung des gegebenen Ganzen der Entwicklung wäre höchst unwillkommen. Denn das Parteiregiment, das wir im Reich haben und das jetzt auch in Preußen aufgeführt werden soll, ist doch ein parlamentarisches Parteiregiment. Das wir darauf hinaus müssen, wird allmählich auch solchen Liberalen klar, die für den reinen Parlamentarismus von Haus aus nicht allzuviel übrig hatten. Aber es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Zeit der Geschichte im Reich, worauf noch die Kraft der preussischen Geschichte gebaut ist, für die Zentralität wie auch für die Verantwortung eines

einzelnen zu groß wird. Wenn nicht auch das Reich der Westfrontarde anheimfallen soll, wie sie zeitweise in Preußen herrschte, so kann die Entlastung nur aus den Parlamenten kommen. Unter diesem Gesichtspunkte wird der Gedanke verflärter parlamentarischer Mitregierung in die kürzeste Zeit vermutlich eine werbende Kraft entfalten.

Um die praktische Propaganda dieses theoretischen Gedankens erwerben sich Zentrum und Konservative die größten Verdienste. Denn das Parteiregiment, das sie errichtet haben, wird schon Parlamentarismus, wenn es nur der Einseitigkeit entleert wird. Wenn nur erst die Möglichkeit des Wechsels hinzugefügt ist, wird auch der leitende Staatsmann seine Ämter heben. Und dann wird auch der leitende Staatsmann aufhören, die allerdings wenig würdige Rolle eines Geschäftsführers der Mehrheit zu spielen, die doch nicht jedem so liegen wird, wie Herrn v. Bethmann. Dann wird der leitende Staatsmann nicht der Geschäftsführer, sondern der Führer der Mehrheit sein, und würdige Konservative und Sozialdemokraten, wie sie die Konservative gestern um Landtage zu praktizieren gedachten, werden ganz von selbst unmöglich. Der Druck, der von der Einseitigkeit des Parteiregiments loslösen und den reicheren Möglichkeiten des Parlamentarismus entgegenbringen soll, muß natürlich im Reich ausgeübt werden. Das Reichsjustizministerium, dem Herr v. Bethmann gestern wieder bezeugte, wie sehr er es von fernem liebt, wird dafür sorgen müssen, daß das „Bravo rechts und im Zentrum“ zur Regierungsfähigkeit nicht mehr ausreicht. Denn geht es erst im Reich ohne ein „Bravo links und bei den Sozialdemokraten“ nicht mehr, so wird auch Preußen folgen müssen, mit oder ohne Herrn v. Bethmann. Am liebsten natürlich ohne.

„Friedberg, lehre zurück!“

Beim Beginn der heutigen Sitzung, in der die Erklärung der Regierung zu dem gestern angenommenen schwarz-blauen Kompromiß erwartet wurde, war der Saal nicht wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Tribünen freilich waren heute schon wieder auf; offenbar glaubte man im Publikum, daß die Sache schon abgemacht sei. Inzwischen, wie sehr er es von fernem liebt, ist es nicht in Halle und Halle, auch die heutige Sitzung brachte Interessantes in Halle und Halle.

Die Erklärung des Herrn v. Bethmann war freilich bemerkenswert durch das, was sie nicht brachte. Herr v. Bethmann, der wieder mit den Herren v. Moltke, Voss, v. Falkenhayn und Wahlführer erschienen war, schien in strahlender Stimmung, und auch nach seiner „Rede“ sah er, mit einem leichten Nicken auf den Lippen, die Hände über dem Kopf gefaltet, in seinem Gesicht zufriedene und harte, so auch die große Rede des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer mit an.

Der Kanzler „Erklärung“ war vom Ganzen lautlos angeht, wurde, nur am Schluß löste aus den Reihen der Mehrheit ein deutliches Bravo. Herr v. Heydebrand aber hielt es für nötig, hinstellte, begründete ihn sehr festlich, und es entspann sich nun eine mit aufrichtiger Selbstlosigkeit geführte Unterhaltung, bei der auch der konservative Führer den Zuschauer eine glänzende Stimmung und bedingungslose Zurechtweisung bewirkte. Herr Schiffer seinerseits sprach aufnehmend nur zu den §§ 5 ff. die von der indirekten Wahl, der Dreiteilung und ähnlichen schönen Dingen handeln, in Wahrheit was es aber die

Wiederentnahme des gestrigen Kampfes.

Herr Schiffer wandte sich gegen den Abg. Herold, der Zugs zuvor die Nationalliberalen der Opposition beschuldigt hatte. Zunächst, so erklärte der Abg. Schiffer, habe die Linke die Demonstration der Konservativen, die dem Volke Sand in die Augen streuen wollen, als Demonstration festzulegen wollen. Jochen und Jochen der Rechte luden vergeblich den hiesigen Besatz zu unbedingten, der diese unterrichtete Frage an die Adresse der Konservativen begleitete. Die Klumpen und Bänken wiederholten sich, als nun Herr v. Heydebrand selber noch einmal das Wort nahm, um zu retten, noch zu retten war. Herr v. Heydebrand hielt es nach wie vor für hin, als sei es den Konservativen mit ihrem Antrag wirklich nur darum zu tun gewesen, vor dem Lande beschwören, es und welche Mehrheit im Abgeordnetenhaus für die geheime Wahl vorhanden gewesen. Das „Ausgangspunkt“ für die geheime Wahl in dem Kompromiß erklärt der Herr von Klein-Schulze auch jetzt noch für ein „ungeheures Gegenkommen“. Die konservativen Abkommandierungen bei der gestrigen Abstimmung aber vermag selbst die jehuitische Mehrheit nicht anders zu erklären, als sie ganz allgemein auszusagen wurden: als ein neues Mandat, um die Klumpen des eigenen Antrages zu verhindern. Und in diesem Zusammenhang entschloß sich Herr v. Bethmann, daß die Konservativen eben doch „früher aufgefunden“ seien als die Nationalliberalen.

Der Schluß der Rede brachte einen geradezu wahren Appell an die Nationalliberalen, in dieser ersten Situation, wo es sich nicht um die Interessen einer Partei, sondern um die Interessen des Vaterlandes handle, doch wieder „auf den rechten Weg“ zurückzuführen.

„Friedberg lehre zurück, es ist alles vergeben!“

rief man von den Reihen der Linken. Dieses Wort illustrierte die Lage am besten.

Die ersten schlichten Ausführungen, die nun folgten, interessierte Untersuchungen des fortschrittlichen Abg. Hoff, (anderer ist dessen Angehöriger, Herr v. Bethmann hat heute sehr bedauerlicherweise) wenig Gehör. Herr v. Bethmann hat heute sehr bedauerlicherweise gemacht, und auch von den Mitgliedern des Hauses war kaum ein halbes Hundert zurückgeblieben.

Stoch charakteristischer freilich war eine andere Erklärung: die schone Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten über die Billigkeit und Bescheidenheit; sein einziger Redner hielt es der Mühe wert, diesen Gierlingen erst zu nennen und noch einmal auf ihn zurückzukommen.

Auch Herr Herold nicht, der noch einmal sein Sprüchlein wiederholte, daß das Zentrum nur „schweren Herzens“ und „nur mit Widerstreben“ an der indirekten Wahl teilhabe. Nur um das ganze Gesetz zu retten! Im übrigen schlug auch Herr Herold heute gegen über der Nationalliberalen ausfallend verächtliche und liebenswürdige Töne an. Dem schwarz-blauen Block schien alles daran zu liegen, den definitiven Bruch der Nationalliberalen zu vermeiden.

Mit um so größerer Spannung sah man der Rede des Abg. Friedberg selbst entgegen. Herr Friedberg bestritt entschieden, daß die Nationalliberalen mit ihrer gestrigen Haltung das Kompromiß und damit das Gesetz hätten zum Scheitern bringen wollen. Wenn er das gewollt hätte, dann wäre er nicht vorher zu den Konservativen gegangen und hätte sie gebeten, ihren Antrag zurückzugeben. Das die Ziele des Zentrums, wie Herr Herold so hoch betonte, klar seien, leugnet Herr Friedberg nicht; um schönen Worten des Herrn v. Heydebrand aber, daß die Nationalliberalen die nächste Stimmabgabe in dieser wichtigen Verhandlung hätten, wies Herr Dr. Friedberg darauf hin, daß die Konservativen genau so verfahren, indem sie nicht zulassen, daß über das Kompromiß abgestimmt werde. Durch alle diese Reden wurde aber vor allem an der Forderung nicht geändert, daß die Konservativen einen Antrag eingebracht haben, dessen Annahme sie selbst nicht erwünschten und dessen Annahme sie dann auch tatsächlich durch Abkommandierungen ihrer eigenen Reihen verhindern müssten. Auch Herr Friedberg ist nicht außerordentlich; die Nationalliberalen würden die Hand, die Herr v. Heydebrand ihnen entgegengereckt, gerne annehmen aber

Die Hand ist bisher leer gewesen.

Auch er bedauerte die Schärfe, die in die Beziehungen zwischen Konservativen und Nationalliberalen hineingetragen worden. Herr v. Pappenheim, der Feldmarschallleutnant der Konservativen, der zum hundertsten Male den Friedberg machte, die „Loyalität“ der Konservativen, die „Gerechtigkeit“ ihrer Absichten und die „Güte“ ihrer „Opfer“ nachzuweisen, machte ebenfalls zum Frieden. So entstand eine Situation, deren unrichtige Komit der Volksvertretung die Nationalliberalen die Hand entgegen, tut aber noch nicht einen Schritt zu wirklichen Gegenkommen. Die Mehrheit bewies übrigens ihre parlamentarischen Sitten auch diesem Redner gegenüber: sie machte ihm, durch gewollte Unruhe, fast unmöglich, sich verständig zu machen.

§ 5 wurde schließlich unter Ablehnung des nationalliberalen Antrages in der Kommissionfassung angenommen. Gegen die Kommissionfassung stimmten Nationalliberalen, Freisinnige, Polen und Sozialdemokraten.

Zu den §§ 6 und 7 (Wahlteilung) spricht als erster Redner der sozialdemokratische Abg. Borgmann.

39. Sitzung vom 12. März.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, Moltke, Falkenhayn. Vizepräsident v. Voss eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Zunächst erfolgt die Vereidigung der Abg. Cobans (Str.), v. Wittfurth (Kam.) und Petrus (Freisinn. Vp.). Die

zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage

wird beim § 5 fortgesetzt. § 5 bestimmt, daß auf jede Wahlzahl von 250 Einwohnern ein Wahlmann zu wählen ist, daß jede Gemeinde der Regel nach einen Stimmbezirk für sich bildet, daß mehrere benachbarte Gemeinden zu einem Stimmbezirk vereinigt werden, daß Gemeinden von 1750 oder mehr Einwohnern in Stimmbezirke eingeteilt, und daß diese Stimmbezirke nicht weniger als 750 und nicht mehr als 1749 Einwohner enthalten dürfen. Ein Antrag Kobrecht (Kam.) will die verdingliche Regierungsvorlage wiederherstellen, das heißt, daß erst Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern in Stimmbezirke eingeteilt werden.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Mehrere der Herren Redner haben gestern mit größerer oder geringerer Ausführlichkeit die Frage erörtert, welche Stellung die Regierung zu den vorliegenden Anträgen und Beschläüssen einnimmt. Für die Herren, welche bei dieser Frage besonders lange und freundlich verweilten, für die Herren von der fortschrittlichen Volkspartei und die Herren Sozialdemokraten, ist die Antwort sehr einfach: Das einfache oder das polierte Wahlrecht ist abzuweisen, und über die Antwort werden wir in diesem nicht abzugeben, und über die Antwort konnten die Herren eigentlich in keinem Stadium der Verhandlungen im Zweifel sein. Im übrigen haben die Vorschläge der Kommission für die Wahlreform am